



5.11.2023

### **Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 9.11.2023**

Die unterzeichnenden Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, SSW und FDP beantragen:

## **Praxis ohne Grenzen**

### Antrag:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag:

- **In den Haushalt des Jahres 2024 und die Haushalte der Folgejahre wird ein Betrag in Höhe von 30.000 € für die Praxis ohne Grenzen eingestellt zur Finanzierung der Arbeit der Praxis, insbesondere auch zur dauerhaften Finanzierung des Projektes „Frauen in Not“ (Teilhaushalt 33110).**

### Begründung:

Die ehrenamtlich Mitarbeitenden in der Praxis ohne Grenzen beraten und behandeln Patient\*innen, die ohne Krankenversicherung sind oder sich nur in der Kranken-Grundversicherung befinden. Die Mitarbeitenden leisten ehrenamtliche Arbeit für und mit Menschen, die sich in einer finanziell schwierigen Lage befinden.

Die Praxis ohne Grenzen erhält seit Jahren für ihre Arbeit vom Kreis einen jährlichen Betrag von 20.000 €. Dieser Betrag ist seit langer Zeit nicht angepasst worden, obwohl auch hier die Sachkosten gestiegen sind.

Zugleich erhält die Praxis ohne Grenzen seit Jahren Mittel aus dem Überschuss der Fördesparkasse, um Familien in prekären Lebenssituationen bei den Themen Schwangerschaft, Verhütung und Familienplanung zu unterstützen (Projekt „Frauen in Not“). In diesem Projekt wird Frauen in schwierigen Lebenssituationen geholfen, die keine Krankenversicherung haben bzw. deren Krankenkosten durch die Krankenkassen nicht gedeckt werden. Vor allem wurden in den letzten Jahren Frauen mit bestehender Schwangerschaft gefördert und sowohl die Diagnostik als auch die Krankenhausbehandlung übernommen. Ebenso wird die Kostenübernahme für Verhütungsmittel (u.a. Pille, Spirale) bedarfsgerecht gefördert.

Um eine Verstärkung der Unterstützung von Frauen in prekären Lebenssituationen zu gewährleisten und den bisher geleisteten Beitrag des Kreises für die Arbeit der Praxis ohne Grenzen an die gestiegenen Kosten angemessen anzupassen, wird die Einstellung eines Betrags von 30.000 € in den Haushalt verlangt.

Für Bündnis 90/Die Grünen  
Christine von Milczewski

Für die CDU-Fraktion  
Konstantinos Wensierski

Für die SPD-Fraktion  
Tatjana Larsen

Für die SSW-Fraktion  
Chantal Jehle

Für die FDP-Fraktion  
René Banaski